

„Ein europäisches Sozialmodell wird es nicht geben“,

sagt der Politikwissenschaftler Fritz Scharpf und erteilt damit einer Lieblingsidee von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern eine Absage. Denn wie sollten sich die 27 EU-Länder – darunter ausgebaute Wohlfahrtsstaaten und Niedrigstlohnländer – auf ein gemeinsames

Sozial-Niveau einigen?

Umso mehr seien die nationalen Regierungen und Gewerkschaften gefordert, dort wo es ausgebaute Sozialstaaten gibt, diese zu schützen. Schützen nicht zuletzt vor der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, der höchsten Macht in Europa. Fritz

Scharpf spricht im Interview von einer „Radikalisierung der Binnenmarktintegration“. Gemeint ist, dass der Europäische Gerichtshof all das als Barriere definiert und aus dem Weg räumt, was die Mobilität von Kapital und Waren behindern könnte – von der Mitbestimmung bis zum VW-Gesetz. Für diese Radikali-

sierung stehen auch die jüngsten EuGH-Urteile, die dazu tendieren, Tariftreue-Regelungen und Streikrecht nur soweit zuzulassen, wie sie nicht die unternehmerische Niederlassungsfreiheit einschränken.

Gleichzeitig gehen beim europäischen Sozialen Dialog die Dinge nur zäh voran. „Die Unternehmen haben alle Freiheiten, und bei den Rechten für Arbeitnehmer treten wir seit 15 Jahren auf der Stelle“, sagt Reiner Hoffmann vom Europäischen Gewerkschaftsbund und setzt alle Hebel in Bewegung für bessere Arbeitsgrundlagen von Euro-Betriebsräten. Mehr dazu im Heft.

Noch ein Wort in eigener Sache: Unsere englische Ausgabe, die jeweils im August erschien, wird online gehen. Ab Anfang September. Mehr dazu im nächsten Heft.

Interessante Lektüre und schöne Sommerferien wünscht

Cornelia Girndt

CORNELIA GIRNDT

cornelia-girndt@boeckler.de

Foto: Karsten Schöne

